Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 77. Mittwoch, 15. Februar 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M.
Anzeigen-Preise. Die ein'spaltige 37 mm breite Zeile 4.— M. Die Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Anz. v. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 40 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einigung über den Vertrauensantrag.

Der Wortlaut des Antrags und der Verlauf der Verhandlungen.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. Febr. Die drei Regierungsparteien haben sich über die Fassung des Vertrauensvotums nunmehr geeinigt. Der Antrag ist gestellt von den Abg. Marx und Fraktion (Zentr.), Dr. Petersen und Fraktion (Dem.) und Müller-Franken und Fraktion (Soz.). Er lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung."

Das Wort „Vertrauen" ist in diesem Antrag nicht enthalten und ebenso wird es den Abstimmenden überlassen, welche Erklärungen der Reichsregierung sie billigen wollen. Es war ein schweres Stück Arbeit, diese Fassung zustande zu bringen, handelt es sich doch darum, dem Vertrauensvotum eine Fassung zu geben, die es der Volkspartei und den Unabhängigen gestattet, entweder dafür zu stimmen, oder doch sich der Stimme zu enthalten.

Es ist gestern die Frage erörtert worden, ob dieser Vertrauensantrag nicht auf die auswärtige Politik des Kabinetts erweitert werden soll. Es wurde deshalb etwa folgende Fassung erwogen: „Angesichts der außenpolitischen Lage und unbeschadet der Verschiedenheit der Auffassungen der Parteien billigt der Reichstag die Erklärung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus."

Die Leitung der Zentrumsfraktion hat eine Aufforderung an die Mitglieder erlassen, an der morgigen Abstimmung sich vollzählig zu beteiligen. Die neue Fassung des Vertrauensvotums ist natürlich

im Einverständnis mit dem Reichskanzler

beschlossen worden. Gestern mittag waren die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller und Wels zum Kanzler geladen, der im Laufe des Tages auch noch mit anderen führenden Politikern Fühlung nahm. Ueber die Besprechungen wird mitgeteilt: Der Kanzler habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß er Klarheit wünsche und deshalb eine Verschleierung des Vertrauensvotums nicht zulassen werde. Auch werde er es ablehnen, die Regierung zu behalten, wenn sie nur eine Mehrheit von wenigen Stimmen erhalten sollte. Wie bisher die Dinge liegen, ist aber

nur auf eine schwache Mehrheit zu rechnen.

Die parlamentarische Bayrische Volkspartei-Korrespondenz hatte erklärt, die Bayrische Volkspartei habe sich bei der Abstimmung über das Steuerkompromiß davon leiten lassen, daß aus außenpolitischen Gründen ein Kanzlerwechsel zurzeit nicht im Interesse Deutschlands liege. Mit der Einnahme dieses Standpunktes würde aber keineswegs ein Vertrauensvotum für alle außenpolitischen Handlungen des Kabinetts Wirth ausgesprochen. Anderseits dürfe aber die Stellungnahme zur Person und Politik des Reichskanzlers die Partei nicht verleiten, eine Katastrophenpolitik zu treiben, die einen allgemeinen politischen Katzenjammer nach sich ziehen könnte. Aus diesen Darlegungen des offiziellen Organs der Bayrischen Volkspartei wird geschlossen, daß die Partei noch einmal im Reichstage für den Reichskanzler eintreten werde. Ob sie das aber geschlossen tun wird, ist fraglich. Von den zwanzig Mitgliedern der Fraktion scheint eine bestimmte Gruppe, und zwar die um den Abgeordneten Dr. Beverle, sich für das Vertrauensvotum aussprechen zu wollen. Die gesamte Fraktion wird sich indes wohl kaum dem Vertrauensvotum anschließen.

Was die Haltung der Deutschen Volkspartei anlangt, so wird erklärt, daß die zweite Rede des Kanzlers es gewesen sei, die die Partei zur Einbringung ihres Mißtrauensvotums veranlaßt habe, da diese zweite Rede einen Umfall des Kanzlers, ein Abweichen von seiner Haltung, wie sie in seiner ersten Erklärung zum Ausdruck gekommen ist, enthielt. Zugleich wird versichert, es sei nicht der sogen. Stinnes-Flügel gewesen, der das Mißtrauensvotum wünschte.

Die Sozialistische Korrespondenz appelliert an die Unabhängigen, die drohende Katastrophe zu verhindern. Ein neues Kabinett aus Demokraten, Zentrum und Sozialdemokratie ohne Dr. Wirth, was das nächste Ziel der Deutschen Volkspartei sei, bedeute für die Sozialdemokratie schleichende Krise und für später schmerzliche Enttäuschungen.

Ueber die bisherigen Verhandlungen wird noch mitgeteilt, daß die Demokraten eine rückhaltlose Erklärung der Mehrheitssozialisten in dem Sinne verlangten, daß auch diese der Wahrung der Staatsautorität zustimmten. Die Demokraten glaubten, einer Politik der Mehrheitssozialdemokratie nicht zustimmen zu können, die ein Abschwenken dieser Fraktion nach links bedeuten würde.

Besprechungen mit dem Reichskanzler.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. Febr. Der Reichskanzler hatte heute vormittag eine mehrstündige Besprechung mit den Führern der drei Koalitionsparteien, sowie dem Führer der Deutschen Volkspartei. Das Ergebnis der Besprechung wird strengstens vertraulich behandelt. In Zentrumskreisen rechnet man mit einer knappen Mehrheit für Wirth, bezweifelt aber, ob diese Mehrheit es werde ermöglichen lassen, die Geschäfte des Reichskanzlers fortzuführen. Das Zentrum sowohl wie die Demokraten erstreben nach Abschluß der Krise die Herstellung der großen Koalition. Es ist jetzt von einer abermaligen Abänderung des Wortlauts des Vertrauensvotums die Rede. Die Abänderung solle aber nach den Wünschen von demokratischer Seite, nicht der Außenpolitik gelten, sondern den Richtlinien der Disziplinierung der am Eisenbahnerstreik beteiligt gewesenen Beamten.

Eine Interpellation über die auswärtige Politik?

Berlin, 14. Febr. Es wird angenommen, daß nach der morgigen Abstimmung im Reichstage und nachdem das Reichskabinett eine wenn auch nur geringe Mehrheit erhalten hat, von den Regierungsparteien eine Interpellation über die auswärtige Politik eingebracht werden wird, an deren Schluß dann ein zweiter Vertrauensantrag eingebracht werden soll, in dem der Reichsregierung die Billigung des Reichstages für ihre auswärtige Politik ausgesprochen wird. Die Mehrheit, die sich für den Antrag ergebe, würde dann dem Kabinett jene Autorität gegenüber dem Auslande geben, deren es besonders für die Konferenz von Genua bedarf.

Geschmacklosigkeiten des „Temps" zur deutschen Kabinettskrise.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 14. Febr. Der „Temps" schreibt in seinem Leitartikel unter dem Titel: „Die Schlacht des Herrn Wirth" folgendes: Das Schicksal des Kabinetts Wirth wird sich am Mittwoch im Reichstage entscheiden. Wenn man die Armee, die in glänzender, mit Gold bedeckter Rüstung im Sturm gegen das Kabinett Wirth anläuft, betrachtet, so kann man sich als unbeteiligter Zeuge nicht versagen, die indiskrete Frage zu stellen, woher dieses Gold komme. Was die Kommunisten anbelange, so stellt der „Temps" drei Vermutungen auf: Sie erhalten das Gold aus Moskau oder sie verwenden die im Auslande für die Hungerleidenden in Rußland gesammelten Gelder oder sie werden von den Monarchisten unterstützt. Was die Hilfsquellen der Rechten anbelange, so habe man sich angewöhnt, zu sagen, „Hugo Stinnes bezahlt alles!" Der Kampf gegen das Kabinett Wirth sei nicht ein Kampf verschiedener Parteien gegeneinander, sondern der verschiedenen Systeme. Das eine System bestehe darin, in Deutschland mit der Meinung der Mitte, das andere mit der Minderheit kommunistischer oder reaktionärer Art zu regieren. Indem gleichzeitig im Auslande Einfluß und Geld gesucht würde, glaube man sich in der Macht zu halten. Bei diesem Kampfe sei Frankreich nur Zeuge. Der „Temps" spricht die Hoffnung aus, daß, wenn, wie von gewisser Seite behauptet wird, die Gegner des Kabinetts Wirth in Amerika und England Unterstützung fänden, die englische und amerikanische Regierung sagen werden: „Hands off!"

Genua, Moskau — und wir.

(Von unserem Sm-Mitarbeiter für Ostfragen.)

In Moskau haben allrussischer Kommunistenkongreß und Rätekongreß getagt. „Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb", hat Lenin dem „neuen Kurse" neue Anhänger geworben, die Opposition, wenn sie ernstlich wirklich bestand, hat Ja und Amen gesagt. Um so eher, als Lenin mit großer Offenheit versicherte, alles geschehe nur, weil man zurzeit nicht anders könne, weil man ohne das Ausland nicht aus dem Elend herauskäme, aber auf Kündigung, „nicht aufimmer". Die Weltrevolution im Westen werde Rußland wieder die Möglichkeit geben, zum roten Paradiese zurückzukehren.

Daß diese Rechnung Lenins irrig ist, dafür spricht vieles: Trügt nicht alles, so führt auch der neue Kurs zur Katastrophe des Bolschewismus, denn die Geister, die Lenin mit ihm ins Land ruft, das ausländische Kapital und die ausländischen Unternehmer mit den vielen Tausenden von Helfern, der dann mächtig einsetzende Strom der europäischen Einwanderer werden eine Wiederherstellung des heute bankrotten Wirtschaftssystems niemals mehr gestatten. Das russische Volk aber, nicht nur der Bauer, dem in Moskau soeben starke Zugeständnisse gemacht worden sind, das von den „Fremden" rasch lernen wird, daß nur die Privatwirtschaft es aus dem Sumpf reiten kann, wird auch dem Nonsens einer Proletarierherrschaft über ein immer mehr zu antikommunistischer Art zurückkehrendes Land über kurz oder lang ein Ende machen. Je umfassender und intensiver die Beziehungen aller Art zwischen den „kapitalistischen" Demokratien und Rußland sich gestalten, desto mehr werden sie auch dem politischen Bolschewismus den Boden abgraben. Lenin selbst glaubt an eine solche Entwicklung allerdings nicht, aber er ist stets, trotz allen diplomatischen Raffinements, ein fanatischer Ideologe gewesen, der schließlich glaubt, was er wünscht. Das bildet ja auch die Grundlage seines Einflusses im roten Rußland, wo das Gros der Führer sehr zu beanstandende Personen sind.

Er kann aber auch große Erfolge für sich buchen, die in ihm die Hoffnung stärken, er werde doch schließlich sein Werk durchretten. Die Einladung nach Genua, wenn auch an Bedingungen geknüpft, ist doch ein Triumph! Bekräftigt wird er dadurch, daß er vom „kapitalistischen" Wesen die abstoßendsten Seiten, den Mangel jeden Idealismus, das gegenseitige Mißtrauen, die skrupellose Konkurrenz sieht und sein Respekt vor der „Einigkeit" des Gegners daher kein übermäßig großer ist. So ist er, in dem er die immer mehr in die Augen springende Notwendigkeit der Wiedereinfügung des großen agraren und Rohstoffe liefernden Rußlands in den Weltverkehr überaus geschickt ausnutzte, von Sieg zu Sieg geschritten. In einem sehr beachtenswerten Artikel der russischen Kadettenzeitung „Rulj" ist um die Jahreswende diese Entwicklung geschildert worden. Es wird hier aber vom nationalrussischen Standpunkt darauf hingewiesen, daß der „neue Kurs" Lenins darauf hinauslaufe, Rußland wirtschaftlich dem westlichen Kapitalismus zu versklaven, — nur um dem Bolschewismus die politische Macht zu erhalten. Man darf an diesen Aeußerungen der russischen Emigrantenkreise nicht leichten Herzens mit dem Bemerken vorübergehen, sie repräsentieren gar keine reale Macht. So liegen die Dinge nicht: die russischen Emigranten, die ihre Zentren in Berlin und Paris, neuerdings in Prag und Belgrad, aber auch in London, Sofia und sonst wo haben, werden bei dem Wiederaufbau Rußlands nach dem allmählichen Verschwinden des Bolschewismus, dessen erbitterte Gegner sie alle sind, eine große Rolle spielen: sie bilden die Intelligenz und das Kapital, das sie aus der Hölle, die einst ihre Heimat war, in den Westen gerettet haben, und ohne die eine Erneuerung Rußlands undenkbar ist. Es ist nun äußerst bemerkenswert mit welcher Erbitterung sich alle diese Kreise gegen England und Frankreich, als die brutalen Ausbeuter des heute darniederliegenden Rußlands, wenden, wie sie sie bezichtigen, Rußlands politische Wiedergeburt zu hintertreiben, weil ihnen das die Vorbedingung für ihre rücksichtslose Interessenpolitik in Rußland sei: „Die politische Ohnmacht und die natürlichen Reichtümer Rußlands locken die Kapitalisten. Wie diese Pläne im einzelnen ausgeführt werden sollen, ist noch unbekannt, nur das ist klar, daß auf Kosten Rußlands das Loch gestopft werden soll, das der Versailler Friede ins Wirtschaftsleben Europas, ja der ganzen Welt gerissen hat." „Aber," fährt der „Rulj" weiter fort, „das Geschick Rußlands hängt letzten Endes nicht von Paris, London und Berlin ab. Die russische Krisis wird fraglos in Rußland selbst entschieden werden." Das nationale Rußland werde es aber nie vergessen, daß die Westmächte durch ihre zynische und egoistische Ostpolitik den Prozeß der Liquidierung des Bolschewismus hinausgeschoben hätten. Noch schärfer ist die Sprache des russischen Monarchistenblattes „Wöchentlicher Bote", das erklärt, die Westmächte seien daran, Rußland nach dem Muster asiatischer und afrikanischer Faktoreien in abgegrenzte Interessensphären aufzuteilen, und Lenin solle sich aus einem Kommunisten in den Präsidenten einer kapitalistischen Republik umwandeln. Das Ausland würde sich aber dabei einer russischen Einheitsfront aller Parteien gegenübersehen. So wenig die Monarchisten sich dem verschlössen, daß zum Wiederaufbau Rußlands die Hilfe der Fremden notwendig sei, so sehr lehnten sie die Mitwirkung von Räubern und Ausbeutern ab, denen die derzeitigen roten Machthaber das Reich überantworten wollten. „Es wird eine Zeit kommen, wo die Sklavenhändler des 20. Jahrhunderts unter dem Druck einer elementaren Bewegung aus Rußland hinausgefegt werden würden." Bis auf einen heftigen Ausfall des extrem demokratischen russischen Großindustriellen Riabuschinski auf dem kürzlich in Paris versammelt gewesenen Kongreß der russischen Großindustriellen, an dem auch der frühere Premier und Finanzminister Graf Kokowzew teilnahm, gegen die deutsche Mitarbeit am Wiederaufbau Rußlands, kommt gerade ihr gegenüber ein großes Maß von Vertrauen zum Ausdruck. Es ist neben dem „Rulj" ein soeben in Berlin ausgegebenes Wochenblatt „Ruskaja Sila" („Rußlands Kraft"), das unter der Ueberschrift „Hand in Hand" die deutsche Beihilfe mit großer Wärme begrüßt und

Annahme der Sachverständigen-Konferenz durch Frankreich.

Paris, 14. Febr. Die französische Regierung hat gestern dem englischen Auswärtigen Amt mitteilen lassen, daß sie den Vorschlag annehme, eine Sachverständigenkonferenz für die Konferenz von Genua baldigst zusammentreten zu lassen. Sie schlage ferner vor, die technischen Sachverständigen der Tschecho-Slowakei, Rumäniens, Polens und Südslawiens an den Beratungen teilnehmen zu lassen. (W. T. B.)

Paris, 14. Febr. Wie der „Oeuvre" mitteilt, hat Poincaré das englische Auswärtige Amt wissen lassen, daß die Forderung, die Konferenz von Genua um drei Monate zu verschieben, das Höchstmaß dessen darstelle, was er als Vorbereitungszeit verlangt habe. Daraus dürfe man schließen, daß ein Kompromiß zustande komme und daß die Eröffnung der Konferenz von Genua bis Mitte April verschoben werden würde. (W. T. B.)

Dr. Benesch zur Konferenz von Genua.

Paris, 14. Febr. Nach dem „Petit Parisien" soll der Ministerpräsident der Tschecho-Slowakei Dr. Benesch in einer Unterredung mit Poincaré erklärt haben, es sei, wenn man Ueberraschungen vermeiden wolle, unerläßlich, daß sich die alliierten Regierungen im voraus über die wichtigsten Punkte einigten, die in Genua beraten werden sollten. (W. T. B.)

Präsident Hardings Haltung.

Paris, 14. Febr. „Chicago Tribune" schreibt: Die in gewissen europäischen Hauptstädten gehegte Hoffnung, daß Präsident Harding es ablehnen werde, die Konferenz von Genua zu beschicken, weil die Bolschewisten dazu eingeladen würden, sei unbegründet. (W. T. B.)

Europas Bankrott durch Frankreichs Schuld.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rom, 14. Febr. Ein Leitartikel der „Stampa" weist auf Poincarés unausgesetzte Sabotageversuche gegen die Genueser Konferenz hin, und richtet ernste Ermahnungen an die Popularipartei, die Demokraten und die Sozialisten, energisch und in konkreter Form für die Genueser Konferenz einzutreten, die auch von der nationalistischen Partei Italiens bekämpft wird. Italien müsse schleunigst an Englands Seite treten, sonst stehe durch Frankreichs Schuld Europa vor dem Bankrott.

Wucheranklage gegen die Reichsgetreidestelle.

Berlin, 14. Febr. Wie die Blätter aus Halle melden, hat der Landbund der Provinz Sachsen gegen die Reichsgetreidestelle Strafanzeige wegen Wuchers erstattet. In der Anzeige wird behauptet, daß die Getreidestelle Kleie vertreibe, die sie für 27.50 Mk. für den Doppelzentner gekauft habe, und jetzt mit 320 Mk. verkaufe. Sie nehme also fast 1000 Prozent für sich in Anspruch.

Erzbergers Mörder in Budapest?

Berlin, 14. Febr. Die „Voss. Ztg." veröffentlicht eine ihr zugegangene Meldung, nach der die beiden Mörder Erzbergers, Schulz und Tillessen, in Budapest eingetroffen seien. Ihre Anwesenheit sei ein offenes Geheimnis. Das Blatt fügt hinzu: Es habe keinen Grund, an der Zuverlässigkeit der Nachricht zu zweifeln.